Januar 2017

DIE LINKE.
Ortsverband Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

Gruscheweg: B-Plan ist durch
Seite 2 >>>

Kerstin Kühn: Bundestag direkt!
Seite 5 >>>

Hoppegarten: Besser gemeinsam!
Seite 5 >>>

Unvermuteter Reichtum: Neuenhagen will investieren

Da geht das neue Jahr ja gut los: Die Gemeinde Neuenhagen bei Berlin hat deutlich mehr Geld auf der „hohen Kante“ als gedacht. Unerwartet hohe Steuereinnahmen lassen die Gemeindekasse klingeln. Doch was jetzt für große Investitionen zur Verfügung steht, fehlte im Alltag der vergangenen Jahre. Hat das Rathaus unnötig hart gespart? Warum der Ort vor umfangreichen Haushaltsdiskussionen steht: Die Hintergründe auf **Seite 3.**

Links aktiv

Einladung zur Diskussion Ernst-Thälmann-Straße

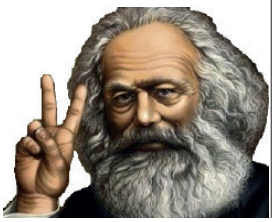
Wir haben im Jahr 2015 in der Debatte zur Eisenbahnstraße erlebt, was passiert, wenn zwei Vorschläge wie Züge aufeinander zurollen und kollidieren. 2016 haben wir gezeigt, dass wir zusammen arbeiten können. Das ist das, was Sie, liebe Neuenhagenerinnen und Neuenhagener, zurecht von uns erwarten können.

Nun geht es uns darum, dass wir bei der Debatte um die Ernst-Thälmann-Straße nicht in die selbe Sackgasse rasen, sondern gleich auf ein gutes Miteinander setzten.

Die Ernst-Thälmann-Straße ist Ausdruck kommunalpolitischen Stillstands der letzten Jahrzehnte. Die Bordsteine sind marode, die Straße vollkommen wellig, eine Zumutung für Autos und für Fahrradfahrende schlichtweg inakzeptabel. Dazu ist der Belag eine enorme Lärmquelle für die Anwohnenden.

Nun könnte man ja sagen, es ist halt so, es muss nicht überall wie geleckt aussehen. Aber: Um diesen von niemandem wirklich gewollten Ist-Stand zu erhalten, investieren wir jährlich eine fünf- bis sechsstellige Summe. Damit soll Schluss sein. Wenn wir investieren, dann in etwas, für das es sich lohnt, Steuergelder zu verwenden.

Wir laden alle Interessierten ein zum Diskurs:
„Kommunalpolitische Gespräche“
Dienstag 24.01., 19 Uhr, Bürgerhaus Neuenhagen



Einschläge kommen näher

Italien-Referendum, Trump, Brexit - in vielen Ländern wird das Establishment abgestraft. In Öster-reich konnte ein FPÖ-Präsident Hofer gerade noch verhindert werden.

Die Einschläge kommen näher, aber die Regierenden in den europäischen Hauptstädten und ganz besonders in Berlin schalten auf stur und machen weiter, als wäre nichts passiert. Wie ist die Lage?

Stellen Sie sich vor, in einer Straße steht ein schönes altes Haus, das allerdings baufällig ist. Nun gibt es einige, die das Haus abreißen wollen. Laut empören sie sich darüber, dass es marode ist. Sie schreien und pöbeln dabei unflätig.

Andere wollen das Haus erhalten. Aber da jeder, der ausspricht, dass das Haus baufällig ist, sofort verdächtigt wird, auf der Seite der Abreißer zu stehen, behaupten die Freunde des Hauses, es befinde sich im besten Zustand. Und es sei übelster Populismus, darauf hinzuweisen, dass das Dach undicht ist und eine Wand sich bedrohlich abgesenkt hat. Irgendwann bricht das Haus zusammen. Die Freunde des Hauses verstummen traurig. Und die, die es immer schon abreißen wollten, jubeln.

Die soziale Demokratie und das geeinte Europa sind das Haus, das die Rechten wie Petry, Le Pen und Hofer abreißen wollen. Sie sprechen aus, dass das Haus baufällig geworden ist. Wer ihnen das Aussprechen dieser Wahrheit überlässt, will offenbar erleben, dass sie dereinst jubelnd den Schutt zusammenkehren. Ich möchte das nicht.

Sahra Wagenknecht ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Gruscheweg: Planungen für gutes Miteinander beschlossen

Wolfgang Winkler ist Mitglied im VWA.

Die Entwicklungen im Gruscheweg neigen sich nun endgültig in ihre letzte Phase. Schon seit den frühen 90ern ging es darum, den einstigen „Wiesenberg“ in ein großes Wohngebiet umzuwidmen und in wenigen Jahren wird dieses Unterfangen endgültig abgeschlossen sein.

Die größten Siedlungen betreffen die Umgebung der Albersweiler Straße und des eigentlichen Gruschewegs. Erstere entstand schon Mitte der 90er und nicht alle Ideen und Planungen überstanden den Test der Zeit. Das Gebiet ist eben auch Ausdruck der verschiedenen Trends am Wohnungsmarkt, aber auch der Veränderungen der kommunalpolitischen Planungen. So sollte es nun bei letzterer darum gehen, daraus zu lernen und auch dem Gewerbe, einem Sportplatz und weiteren sozialen Einrichtungen ausreichend Raum zu geben und gleichzeitig die Verkehrsführung modern zu gestalten.

Der Verkehr hatte dann auch die zentrale Rolle in den Diskussionen eingenommen. Denn die zu erwartenden 800-1000 Neu-Neuenhagener würden sich nicht nur im neuen Wohnviertel, sondern relativ schnell im ganzen Ort bemerkbar machen.

Ortsansässige Planer forderten eine radikale Abkehr von den Plänen, zeigten Szenarien auf, welche für die zentralen Verkehrsadern enorme Herausforderungen werden können. Da viele Ziele für Autofahrende wie Einkaufszentren, die Autobahn oder auch die S-Bahn südlich liegen, bestünde vor allem die Gefahr, dass sich vieles in der Kreuzung Fichtestraße/Hauptstraße bündele – die Kreuzung mit dem derzeit größten Unfallaufkommen im ganzen Kreis Märkisch-Oderland.

Das Gutachten des beauftragten Planungsbüros SVU Dresden forderte daher auch radikale Schritte: Der Gruscheweg soll kurz vor der Jahnstraße komplett abgesperrt werden. Auch die Speyerstraße soll auf halber Höhe jeweils eine Sackgasse bilden. An der Kreuzung zur Carl-Schmäcke-Straße sollte ein Kreisverkehr entstehen. So sollte jeder Verkehr in und aus dem neuen Gruscheweg nördlich abfließen. Die Gemeindevertretung beauftragte die Verwaltung daraufhin, diese Vorschläge intensiv zu prüfen und notwendige Schritte daraus abzuleiten.

Nach dem Rahmenplan und einem städtebaulichen Vertrag mit dem Investor, in dem man über mögliche Auswirkungen und Kompensationen verhandelt, was der Gemeinde ca. 1,2 Mio € einbringen wird, stand nun nur noch der Bebauungsplan an. Dieser ist nun mit klarer Mehrheit beschlossen worden, es kann also losgehen. Einzig der „Gruscheweg 7“ rund um die Speyerstraße ist noch offen, inklusive eines möglichen größeren Einzelhandelsstandorts.

Die verkehrlichen Einschränkungen sollen dabei in naher Zukunft und auf Erfahrungen basierend ergänzt und angepasst werden. Die Gemeindevertretung beschloss lediglich jetzt schon, dass es Baufahrzeugen unmöglich gemacht werden soll, die Jahn- und Fichtestraße als Zubringer zu nutzen.

Der Wunsch, hier bei uns zu leben, ist groß. Die neuen Pläne sorgen dafür, dass es auch in Zukunft in einem guten Miteinander funktioniert. Dank allen, die sich in den vergangenen Jahren dafür engagierten.

Die Grundschule am Schwanenteich kämpft um ihren Namen

Hannes Tarun ist sachkundiger Einwohner im KSA.

Können Sie sich noch an Ihre Grundschulzeit erinnern? Bolzen auf dem Schulhof, Fange spielen mit den Freunden und zwischen den Pausen Lesen und Schreiben lernen. Für die meisten sind das schöne Erinnerungen, so auch für mich.

Ich selbst war Schüler an der „Grundschule am Schwanenteich“ und freue mich daher sehr, dass vor wenigen Tagen das neue, moderne und bestens ausgestattete Schulgebäude eröffnet wurde. Leider geht mit dem Umbau eine unnötige Diskussion einher.

Denn wenn der Kultur- und Sozialausschuss darüber berät, die Schule in die „Grundschule Bollensdorf“ umzubenennen, dann geht es um mehr als nur einen Namen. Es geht darum, dass sich Kinder und Lehrer mit ihrer Schule identifizieren können, es geht um einen beträchtlichen Teil dessen, was diese Schule viele Jahre ausgemacht hat. Ein kurzer Blick auf den Internetauftritt der Schule zeigt: Die Schwäne Willi bzw. Lilli waren und sind für Schüler und Lehrer allgegenwärtig. „Die Grundschule am Schwanenteich ist ohne ihren Schwan kaum vorstellbar.“, heißt es dort. Die Klassen kümmern sich um die Fütterung und lernen damit, Verantwortung zu übernehmen. Und wenn sie nach 6 Jahren die Schule verlassen, dann erhalten sie neben ihrem Zeugnis auch eine Ausgabe der „Geschichte vom Schulschwan Willi“.

Umso mehr verwundert es, dass der Fachbereich der Gemeinde und Teile des Ausschusses wenig Verständnis für den Wunsch der Schule zeigen, ihren Namen zu behalten. Sie verweisen in der Begründung darauf, dass bereits während der Planungs- und Bauphase immer von der „Grundschule Bollensdorf“ die Rede war. Auch wurde im Ausschuss argumentiert, dass man so den Namen des ehemals eigenständigen Ortsteils bewahren könnte. Doch dabei vergessen sie folgenden zentralen Punkt:

Diejenigen, die über den Namen der Schule entscheiden, sollten einzig die sein, die sie täglich besuchen. Kinder und Lehrer müssen sich mit ihrer Schule identifizieren, sich in ihrer Schule wohlfühlen. Und sie können einschätzen, was die Schule kennzeichnet.

Das Brandenburgische Schulgesetz trägt dem Rechnung und räumt der Schulkonferenz ein Mitspracherecht ein. Aus meiner eigenen Erfahrung aus vielen Schulkonferenzen weiß ich, dass dieses Gremium sehr gut einschätzen kann, was Schüler, Eltern und Lehrkräfte wünschen und was für die Schule als Institution wichtig ist. Darum mein Appell:

Für die Orts-Chronik wird es rund um den Geschichts- und Sportpark genügend Raum geben. Der sanierte Schulkomplex sollte den Namen tragen, den Schüler und Lehrer ihm geben und welcher aus der Tradition gewachsen ist. So kommen Generationen zusammen und die Schüler können sich dort wiederfinden und wohlfühlen, können das neue Gebäude mit allen seinen Vorteilen genießen, können so am besten lernen. Und genau das sollte uns das Wichtigste sein.

Gemeindefinanzen: Grundsatzdebatte dringlich

Sven Kindervater ist Vorsitzender der Fraktion und des UBOA

Liebe Neuenhagenerinnen und Neuenhagener,

der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin geht es gut. Hatten wir beispielsweise 2010 noch Steuereinnahmen von rund 10 Mio €, werden es bis 2020 nach derzeitigen Schätzungen des Rathauses fast 17 Mio € sein. Doch muss das noch nicht bedeuten, dass wir tatsächlich mehr Geld haben.

Denn Fakt ist: 2020 werden wir ganz andere Gehälter zahlen als 2010, etwa bei den KITAs. Da wir einen Bevölkerungszuwachs von 15.000 auf 20.000 (Aktuell: 18.000) erwarten, wird es auch mehr Personal und Investitionen in die Infrastruktur brauchen. Die Baufirmen, ob nun beim Bau von Schulen oder der Reparatur von Straßen, werden mehr für ihre Mitarbeiter und Rohstoffe verlangen, die Straßen- und Grünpflege wird teurer.

Das sind nur Beispiele, die klarstellen sollen: Damit wir den Ist-Stand der geschaffenen Werte und die sozialen Leistungen aufrechterhalten können, braucht er jedes Jahr mehr (!) Geld. Da die Gemeinde auch der größte Arbeit- und Auftraggeber ist, profitieren hier ganz konkret alle davon.

Gewerbesteuer ist Schlüssel

Aber Neuenhagen muss bei 25% mehr Einwohnenden auch in seine Zukunft investieren. Seit vielen Jahren zeigt es sich, dass die Gewerbesteuer dabei eine herausgehobene Rolle spielt: Wenn diese sprießt, sind auch Gelder für Investitionen da. Bleibt sie aus, ist oftmals nicht mal Geld für freiwillige Aufgaben wie Bibliothek oder Freibad da.

An eigenen Steuerquellen gibt es im Wesentlichen die Grundsteuer und die Gewerbesteuern. Hinzukommen die kommunalen Anteile an der Umsatz- und der Einkommensteuer. Die Steuereinnahmen hängen also von vielen Faktoren ab, bei denen niemand in die Glaskugel schauen und bestimmen kann, was 2020 sein wird.

In den vergangenen Jahren mussten die Prognosen nun regelmäßig vor allem aufgrund der Gewerbesteuer nach oben korrigiert werden. Das fließt in den sogenannten Zahlungsmittelbestand, unsere Rücklage, und das ist auch der Punkt, bei dem es mehr als Diskussionsbedarf gibt.

Explosion der Einnahmen

Für 2016 gibt es noch keine genaue Abrechnung. Aber schauen wir doch zunächst erst einmal, womit in den letzten Jahren gerechnet wurde. 2013 hieß es, man würde bis 2016 noch ca. 650.000€ auf der „hohen Kante“ haben. Ein Jahr später korrigierte man es schon auf ca. 4 Mio €. Im Winter 2015 passte man es erneut an auf ca. 6,7 Mio €. Bei den Haushaltsberatungen im November 2016 berichtete die Kämmerin von einem Ist-Stand von etwas über 16 Mio €. Der letzte gemessene Stand ist das Ergebnis von 2015 und das beträgt fast 21 Mio €. Das kann man getrost als Explosion bezeichnen.

Nun gibt es einige Gründe: Neben der Tatsache, dass man manche Größen wie etwa die Gewerbesteuern eben nicht planen kann, gab es einige Vorhaben wie etwa den Ausbau der Ernst-Thälmann-Straße, die zwar geplant aber nie ausgeführt wurden. Auch sind Stellen in der Verwaltung offengeblieben und Bauvorhaben wie die neue deutsch-polnische KITA bekamen unerwartet Fördermittel. Doch das kann als Begründung nicht ausreichen.

> *„Es gibt einen Unterschied zwischen ‚vorsichtig planen‘ – und hamstern!“*

Sparen kann schlecht sein

Die Kämmerin betont gerne immer wieder, dass sie lieber etwas zu vorsichtig plane. Auch der Bürgermeister Jürgen Henze sagte im Finanzausschuss: „Aber sparen ist doch nichts Schlechtes!“ Nun, wer mag ihm da widersprechen? Aber es gibt einen Unterschied zwischen „vorsichtig planen“ – und hamstern!

Denn es ist ja nicht so, dass alle Produkte stets ausreichend finanziert sind. So klagt der zuständige Fachbereich, dass für die Pflege der Parks und Bäume im Ort regelmäßig zu wenig Gelder eingestellt sind. Wer mal im Park im Gruscheweg war, wird das bestätigen können. Aufwendig investiert die Gemeinde dort nun eine halbe Million für Schäden, die durch mangelnde Pflege entstanden sind. Immerhin sollen in die Pflege unseres Ortsgrüns nun statt 60.000€ künftig 250.000€ fließen.

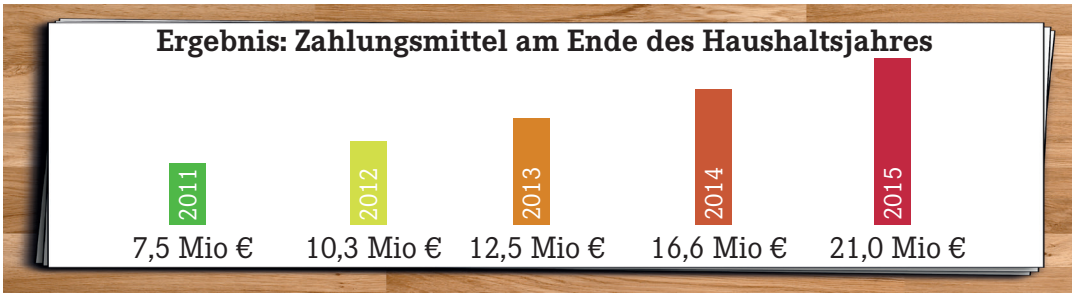
Das ist nur ein Beispiel, um zu verdeutlichen: Sparen kann durchaus etwas Schlechtes sein. Es nützt nichts, dass wir etliche Millionen für Bauvorhaben auf dem Konto rumlungern haben, wenn viele kleine Summen ganz konkret im Alltag gebraucht werden.

Das Geld gehört den Neuenhagenern und nicht dem Rathaus

Auch verwundert es, wenn manchmal bei kleinsten Beiträgen wie der Senkung von Kitagebühren in Höhe von 150.000€ der Bürgermeister sagt: „Da zeigen Sie mir bitte erst einmal, wie Sie das finanzieren wollen, Herr Kindervater!“ Auch die Frage, ob ein Hallenbad überhaupt zu stemmen sei, wirkt dann unfreiwillig komisch.

Alle Fraktionsvorsitzenden sollten sich im Frühjahr 2017 Zeit für eine Grundsatzdebatte über die künftige Ausrichtung des Gemeindehaushaltes nehmen. In dieser Debatte gehört auch, warum Neuenhagen bislang darauf verzichtet, die Niedrigzinsphase, die nach jüngsten Beschlüssen der EZB auf 2017 weitergeht, zur Finanzierung seiner wachsenden Investitionsbedürfnisse zu nutzen.

Es ist ein gutes Zeichen, dass wir diese Diskussionen überhaupt führen können. Wir werden demokratisch in der Lage sein, unseren Ort weiterzuentwickeln und jedes Jahr ein Stück lebens- und liebenswerter machen können. Aber dann müssen wir diese Diskussion jetzt auch wirklich und intensiv führen.



Liebe Helga, liebe Freundin, liebe Genossin

Es scheint so unglaubwürdig, dass diese Welt Dich verloren haben soll und Dich doch so endgültig verloren hat.

Wenn diese Welt bei vielen das Gefühl hervorruft, immer mehr zu verlieren, zum Spielball der Elemente zu werden und zu resignieren, so wirst Du vor allen bei denen fehlen, die sich nicht ergeben und sich nicht treiben lassen wollen.

Das, woran Du und wir geglaubt, für das wir uns ehrlichen Herzens und mit aller Kraft eingesetzt haben, eine Gesellschaft in Frieden für alle mit gleicher Teilhabe aufzubauen, diese Illusion haben wir 1989 verloren – wir hatten nicht die Kraft und/oder den Mut, Änderungen zu erzwingen – auch und vor allem, nachdem wir erkannt haben, das der Weg vor dieser Zäsur nicht zu unserem Ziel führen konnte.

Sollten wir nun aufgeben, den Traum von unseren Idealen als gescheitert erklären?

Es galt den neuen Beginn zu wagen, sich nicht beirren zu lassen an dem, was unsere Ideale seit unserem bewussten Handeln beeinflusst und gelenkt haben – nun auch gegen Hass und Dummheit, die uns damit entgegenschlugen.

1990 habe ich dich kennengelernt - auch die Linke in Neuenhagen war von der Geschichte abgestraft; ihrer resignierenden und/oder opportunistischen Mitläufer lediglich auf ein Minimum reduziert.

Wir trafen uns in dem festen Vorsatz, statt dem Traum von der Weltrevolution jetzt unsere Ideale auch auf das Naheliegende zu reduzieren – auf den Mikrokosmos Neuenhagen!
Und wir haben uns den Mühen der Ebenen gestellt, uns Schritt für Schritt eingebracht, sind von Ausgegrenzten mehr und mehr zu Gestaltenden geworden, haben mit Sachlichkeit und Kompetenz auch skeptische, manchmal sogar gegensätzliche Einstellungen überwinden können um, für das Gemeinwohl wirksam zu werden.

Vordergründigkeit war Dir immer zuwider, sowohl die Arbeit als auch Deine Person betreffend, aber Gründlichkeit und ein offenes Wesen waren Deine herausragenden Eigenschaften, zu denen sich dann noch viel Familiensinn und ein großes Maß an Hilfsbereitschaft gesellten, viele von uns haben da ihre ganz eigenen Erfahrungen mit Dir.

So wie in der Kommunalpolitik warst Du für mich aber auch eine Stütze, nachdem Du in meiner Firma mitgearbeitet hast. Das erstreckte sich nicht nur auf die Mitarbeit selbst sondern auf Unterstützung über die Mitarbeit hinaus und indem Du auch einer jungen Frau erfolgreich Dein buchhalterisches Wissen vermittelt hast. Es war für uns immer eine Freude, Dich viele Jahre täglich mit Deinem Optimismus und Deiner Ausgeglichenheit in unserer Mitte zu erleben.

Zu bewundern, wie Du trotz aller Aufgaben in Beruf und ehrenamtlicher Tätigkeit, auch immer für Deine Familie da warst. Aktiv gestaltend, wenn es um Tätigkeit für Deine Kinder ging, aber auch voller Verständnis für auftretende Probleme und Veränderungen in deren Familien. Dabei war für Außenstehende aber vor allem wahrnehmbar, dass und wie Du auch beim Thema „Familie“ immer eine Einheit mit Deinem Rudolf gebildet hast.

Wahrnehmbar und nachhaltig war aber Dein Einsatz in jeder Hinsicht von Deinem Engagement als Linke für das Gemeinwohl geprägt. Zur Tätigkeit im Finanzausschuss und in Gremien unserer Partei kam dann auch noch die als Stiftungsvorstand der Sparkasse Märkisch Oderland.

Das größte Wunder, wenn man diese Aufzählung liest, dass man Dich trotzdem oft auch in Deinem geliebten Garten bei der Arbeit antreffen konnte – Rastlosigkeit, die allerdings gezielt - war also auch ein charakteristisches Merkmal von Dir.

Wenn sich die Gemeinde Neuenhagen heute erfolgreich auf der Grundlage eines gesunden Haushaltes entwickelt, so hast Du mit Deinem Wissen, Deiner Gründlichkeit und Deiner Kooperationsbereitschaft in Deiner langjährigen kommunalen Tätigkeit wesentlich dazu beigetragen.

Wenn es sich irgendwie vermeiden ließ, hast Du die öffentliche Bühne gemieden, lieber die Arbeit im und mit dem Finanzausschuss und auch intensiv mit der Kämmerei direkt – nie besserwissend, prüfend und mit den Partnern nach konstruktiven Lösungen suchen waren Dein Stil.
Damit warst Du auch prägend für die Arbeit der ganzen Fraktion – nicht Opposition um der Opposition willen zu machen sondern Lösungen für anstehende Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu finden.

Es würde noch vieler Worte bedürfen, Dich und Dein Wirken zu beschreiben – jeder, der Dich kannte, wird auch verstehen, dass dafür dann doch die Worte fehlen.

Liebe Helga, die Welt ist ohne Dich noch ein Stück ärmer geworden, weil keiner diese Lücke füllen kann – danke, dass wir Dir Freund, Freundin, Genosse und Genossin sein konnten!

Für Deine, unsere Partei sowie die Fraktion seit 1990

Detlef Militz

Helga Pietschmann
04.06.1937 -
18.11.2016

Kraft für deine Lieben.
Dank aus unseren Herzen.

Brandenburg gibt künftig deutlich mehr für die Qualität des Schulverpflegung aus

Verbraucherschutz-Staatssekretärin Anne Quart (DIE LINKE) kündigte auf einer Veranstaltung mit Schulträgern in Potsdam an, dass in den kommenden zwei Jahren 500.000 Euro zur Verbesserung der Schulverpflegung zur Verfügung stehen werden: „Mit dem Geld wollen wir möglichst viele Projekte fördern, die den Akteuren vor Ort nutzen. Dazu gehört auch die bessere Vernetzung. Denn ein besseres Schulessen braucht das Zusammenspiel vieler. Neben Anbietern, denen die Verbesserung des Schulessens am Herzen liegt, und Schulen, die für ein gesundes Mittag sensibilisiert sind, braucht es auch die Bereitschaft der Eltern, sich für Qualität einzusetzen. Deshalb wollen wir nun regionale Initiativen anstoßen und konkrete Projekte bei Caterern und in Schulen fördern."

Altenpflege: Brandenburg nimmt es selbst in die Hand

Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2017 sollen in Brandenburg jährlich 100 Alten-pflegehelfer ausgebildet werden, sagte die Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato (DIE LINKE). Diese Ausbildung soll mehr Fachkräfte in die Altenpflege bringen. Bisher wurde sie als Umschulungsmaßnahme von der Agentur für Arbeit angeboten. Jetzt nimmt Brandenburg dies selbst in die Hand und finanziert eine reguläre einjährige Ausbildung. Voraussetzung dafür ist die Berufsbildungsreife, die dem früheren Hauptschulabschluss entspricht. Damit können auch Schüler mit diesem Abschluss eine Ausbildung zum Altenpflegehelfer absolvieren.

Finanzminister Görke (DIE LINKE) informierte über das regionalisierte Ergebnis der November-Steuerschätzung

Das Land Brandenburg will in diesem Jahr bis zu 120 Millionen Euro Altschulden tilgen. Im Detail sagte der Finanzminister dazu: „Die Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich steigen auch in den kommenden Jahren weiter an. Davon profitieren auch die Kommunen. Die Entwicklung bei den Kommunen lässt sich von der des Landes nicht abkoppeln. Grundsätzlich kann auch für sie von weiterhin positiven jährlichen Steigerungsraten ausgegangen werden, aber auch hier etwas verhaltener als noch zur Mai-Steuerschätzung: Die Steuereinnahmen der Kommunen steigen jahresdurchschnittlich um rund 3,7 Prozent, von 1,87 Milliarden Euro in 2016 auf rund 2,15 Milliarden Euro in 2020. Die Hälfte der Mehreinnahmen in 2016 - also bis zu 120 Millionen Euro – soll für die Tilgung von Altschulden verwendet werden."

Interview

Kerstin Kühn: „Gesundheitspolitik ist kein Schönwetter-Thema"

Kerstin Kühn will für Neuenhagen direkt in den Bundestag

Warum willst du in die Bundespolitik?

Ein für mich wegweisendes Erlebnis betrifft das einer Mandantin. Sie brauchte als Kassenpatientin dringend einen Facharzttermin. Das dauerte dann neun Wochen. Es war Herbst, die Grippewelle war deutlich zu spüren. Nach langer Wartezeit wurde sie schließlich aufgerufen. Der Arzt begann mit der Routineuntersuchung und musste kurz darauf aus dem Zimmer. Als er wieder herein kam, ertönte aus seinem Computer ein Signal und der Arzt sagte ihr, dass ihre Behandlungszeit abgelaufen sei. Meine Mandantin war baff und fragte, wie das sein kann. Die Antwort: Aufgrund von wirtschaftlichen Zwängen sind die Praxisabläufe angepasst worden und mehr Zeit sei für sie nicht drin. Dieses Erlebnis hat meinen Entschluss, für unsere Partei in den Bundestag zu gehen, noch einmal untermauert. Ich will nicht, dass in diesem Land auch nur ein Patient in Zukunft weggeklingelt werden darf. Ich möchte mithelfen, diese Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden.

Wie willst du mit dem Thema Gesundheitspolitik die Menschen erreichen?

Gesundheitspolitik ist kein Schönwetter-Thema. Sie ist auch ein Ausdruck der Klassengesellschaft in unserem Lande. Die einen warten Monate auf ihren Termin, für Privatpatienten wird dagegen sofort immer etwas frei. Es darf auch nicht sein, dass wichtige Therapien und Maßnahmen nur von Vermögenden aus privater Tasche geleistet werden können. Und die Menschen werden auch deswegen krank und immer kränker, weil Ausbeutung und Demütigung am Arbeitsplatz zunehmen. Es geht jedoch um mehr. Denn diejenigen aus CDU und Wirtschaftsverbänden, die heute eine Erhöhung des Rentenalters auf 69 oder 70 Jahre fordern, spielen aus Profitinteressen mit der Gesundheit der Menschen. Ich lasse mir nicht einreden, dass Gesundheit nur ein Thema einer alternden Gesellschaft sei. Die Zwei-Klassen-Medizin betrifft ebenso wie Stress, Arbeitshetze, Mobbing, junge Menschen genauso wie alle anderen.

Was sagst du dazu, dass SPD und Grüne, die die ungerechten Zusatzbeiträge, die sie eingeführt haben, wieder abschaffen wollen und dass sie nun auch für die Bürgerversicherung sind?

Das geht in die richtige Richtung. Wir brauchen auch die Rückkehr zur Parität bei den Beiträgen. Aber immerhin, nach einem Jahrzehnt, in dem sie unsere Forderungen als unrealistisch bekämpft haben, machen sie sich diese jetzt zu eigen. Ein Bespiel, dass die LINKE auch in Opposi-tion wirkt. Wir brauchen auch parlamentarische Partner für unsere Politik. Sollen wir uns auf die allgemein bekannte Zuverlässigkeit eines Sigmar Gabriel verlassen? Unsere wichtigsten und entscheidenden Bündnispartner sind in der Gesellschaft. Es sind die ArbeiterInnen, Angestellten und Selbständigen, die einen politischen Wechsel für mehr Gerechtigkeit wollen. Die soziale Frage ist für mich unteilbar. SPD und Grüne müssen bereit sein, alles, was dieses Land in die soziale Ungerechtigkeit geführt hat, also auch die Absenkung des Rentenniveaus, die Dumping-Löhne und Hartz IV, über das Willkür-Regime rechtswidriger Sanktionen zur Disposition zu stellen.

Zusammenfassend: Ich trete für einen Richtungswechsel in der Politik ein, im Kern - zu sozialer Gerechtigkeit.

Die 53-jährige Rechtsanwältin Kerstin Kühn will für die LINKE im Barnim und Märkisch-Oderland direkt in den Bundestag einziehen.

Mittelzentrum: Zusammenarbeit wieder aufnehmen

Karsten Knobbe (LINKE) ist Bürgermeister der Gemeinde Hoppegarten

Das Land beschloss vor einigen Jahren in seinem Konzept „Stärken stärken" den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP BB). Für die Region bedeutete dies, dass Neuenhagen 800.000€ für die Funktion als Mittelzentrum zusätzlich pro Jahr vom Land bekam, aber auch großflächiger Einzelhandel sollte künftig nur noch in Neuenhagen angesiedelt werden dürfen.

Zuvor gab es eine Initiative, gemeinsam mit Hoppegarten Mittelzentrum zu werden, welche Berlin ablehnte. Letztlich führte dies auch dazu, dass der damalige Kooperationsvertrag zwischen den Orten aufgelöst wurde. Im Zuge der Diskussionen um einen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR), dem Nachfolger des LEP BB, besteht nun die Option, sich wieder aufeinander zuzubewegen. In einer Stellungnahme des Hoppegartener Bürgermeisters Karsten Knobbe (DIE LINKE) heißt es:

„Wie Sie wissen, wurde in Vorbereitung des damaligen Verfahrens zum LEP BB am 24. Februar 2006 ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin und der Gemeinde Hoppegarten zur Bildung einer Kooperationsgemeinschaft geschlossen.

In § 2 Abs. 1 des Vertrages hieß es: ‚Beide Gemeinden wollen im Rahmen der Landesentwicklungsplanung Brandenburgs eine zentralörtliche Funktion gemeinsam, in speziellen Fällen auch arbeitsteilig, wahrnehmen, dahingehend zusammenarbeiten, sich abstimmen und notwendige Maßnahmen koordinieren.' Der Vertrag enthielt viele Einzelregelungen einer verstärkten Zusammenarbeit beider Kommunen. Aus den beiden Kommunen bekannten Gründen wurde die vorstehend wiedergegebene Vereinbarung in der Folge nicht umgesetzt.

Die Gemeinde Hoppegarten schlägt der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin vor, diesen Vertrag bzw. die darin enthaltenen Vereinbarungen auf eine neue Grundlage zu stellen und die sich intensivierende Zusammenarbeit beider Kommunen auf eine neue qualitative Ebene zum Wohle beider Kommunen zu heben. Die gemeinsame Ausübung einer zentralörtlichen Funktion und die sich hieraus ergebende Zusammenarbeit beider Kommunen wird die Region stärken und dazu beitragen, dass die übergemeindlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge langfris-tig und flächendeckend erfüllt werden können. Lassen Sie uns hierzu in einen offenen Dialog eintreten."

Neuenhagener Gespräche im Frühjahr 2017

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

45. Neuenhagener Gespräch am **18. Januar**, 19 Uhr, Bürgerhaus Neuenhagen
Dr. Olaf Miemiec: „Die USA nach den Wahlen – was ist von Trump zu erwarten?"

46. Neuenhagener Gespräch am **22. März**, 19 Uhr, Bürgerhaus Neuenhagen
Bundestagsabgeordneter Matthias W. Birkwald: „Die Rente muss wieder Lebensstandard sichern"

Lesetipps

Sahra Wagenknecht: Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten

»Es ist Zeit, sich vom Kapitalismus abzuwenden«, sagt Sahra Wagenknecht. Denn der Kapitalismus ist längst nicht mehr so innovativ, wie er sich gibt. Bei der Lösung der großen Zukunftsfragen - von einer klimaverträglichen Energiewende bis zu nachhaltiger Kreislaufproduktion - kommen wir seit Jahrzehnten kaum voran. Für die Mehrheit wird das Leben nicht besser, sondern härter.

Es sei Zeit für eine kreative, innovative Wirtschaft mit kleinteiligen Strukturen, mehr Wettbewerb und funktionierenden Märkten, statt eines Wirtschaftsfeudalismus, in dem Leistung immer weniger zählt, Herkunft und Erbe dagegen immer wichtiger würden.

Mit ihrem Buch eröffnet Wagenknecht eine politische Diskussion über neue Eigentumsformen und die vergessenen Ideale der Aufklärung. Sie legt eine scharfsinnige Analyse der bestehenden Wirtschaftsordnung vor und zeigt Schritte in ein demokratisch gestaltetes Gemeinwesen.

Carolin Emcke: Gegen den Hass

Carolin Emcke, eine der wichtigsten Intellektuellen der Gegenwart, äußert sich in ihrem engagierten Essay zu den großen Themen unserer Zeit. Allein mit dem Mut, dem Hass zu widersprechen, und der Lust, die Pluralität auszuhalten und zu verhandeln, lasse sich Demokratie verwirklichen weil Differenzierung und Genauigkeit das seien, was Fanatiker am meisten ablehnen.

Beide Bücher erhalten Sie in der Buchhandlung Bünger in der Ernst-Thälmann-Str. 36.

Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN

Herausgeber: Ortsverband Neuenhagen bei Berlin der Partei DIE LINKE
Dr. Arno Gassmann
Wolterstr. 12
15366 Neuenhagen bei Berlin

Koordination: Sven Kindervater

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert. Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

neuenhagen@dielinke-mol.de